

Ressort: Politik

## Wissenschaftsvertreter: Akademiker sollten fürs Studium zahlen

Berlin, 17.10.2014, 00:00 Uhr

**GDN** - Kurz nach Abschaffung regulärer Studiengebühren fordern führende Vertreter der Wissenschaft, wieder einen finanziellen Beitrag von Akademikern einzuführen: "Die Hochschulen sind jetzt schon völlig unzureichend ausgestattet. Studienbeiträge können sinnvoll die staatliche Finanzierung ergänzen", sagte der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Horst Hippler, der "Süddeutschen Zeitung".

Die öffentliche Ablehnung werde sich ändern, wenn man sehe, wie an Hochschulen noch stärker gespart werden müsse. Wegen der angespannten Haushalte werde bald auch die Politik umdenken, so Hippler. In den Bundesländern sehe er "schon jetzt diese Debatten, an allen Ecken und Enden". Auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hält es für geboten, Studenten an den Kosten ihrer Ausbildung zu beteiligen. "Allerdings muss es ein glaubwürdiges Stipendiensystem geben, damit junge Leute aus sozial schwachen Familien nicht von einem Studium abgeschreckt werden", sagte der Leiter des Berliner OECD-Centers, Heino von Meyer. Das habe bei der Einführung der Gebühren gefehlt. Der Einkommensvorteil von Akademikern sei im Vergleich zu Nicht-Akademikern deutlich gewachsen. Umso mehr könnten sie zu ihrer staatlich finanzierten Ausbildung beitragen. "Studiengebühren erhöhen die Qualität und die Motivation der Studenten." Von 2005 an hatten sieben westdeutsche Länder Gebühren von meist 500 Euro pro Semester eingeführt, darunter Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Das Thema prägte Wahlkämpfe, nach und nach fielen die Gebühren wieder. Als letztes Bundesland ließ nun Niedersachsen das Bezahl-Studium zu diesem Wintersemester auslaufen. Der Staat ersetzt den Unis weitgehend die entfallenen Einnahmen. Bayern strich die Gebühren zum Herbst 2013 - zum Bedauern vieler Rektoren. "Die Gebühren waren für die Universitäten hilfreich und sinnvoll", sagte die Präsidentin der Universität Augsburg, Sabine Doering-Manteuffel, die auch Vorsitzende des Verbandes der bayerischen Unis ist. Studenten hätten über die Verwendung mitentscheiden können und "mehr Mitbestimmungsrechte gehabt als heute". "Bei der Umsetzung der Gebühren hat man Fehler gemacht, aber sachlich waren sie richtig", sagte Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann-Stiftung und früherer Hamburger Wissenschaftssenator. Kritiker argumentieren, dass Gebühren gerade junge Leute aus ärmeren Familien von der Uni fernhalten oder das Studieren erschweren. Der Bochumer Ökonomie-Professor Stefan Winter fordert dennoch Gebühren, aus sozialen Gründen. "Der Verzicht auf die Gebühren für Reiche ist äußerst fragwürdig, während zugleich viele Studierwillige durch einen Numerus clausus ausgeschlossen werden." Er plädiert für "nachgelagerte Gebühren", bei denen das Studium selbst kostenfrei ist, gut verdienende Absolventen aber einen kleinen Anteil ihres Einkommens zahlen müssen. Das Modell kann sich auch Hippler vorstellen. Ideal sei ein "verlässliches" bundesweites Konzept, das nicht nach Regierungswechseln in den Ländern stets infrage stehe.

### Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-42893/wissenschaftsvertreter-akademiker-sollten-fuers-studium-zahlen.html>

### Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

### Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

**Editorial program service of General News Agency:**

UPA United Press Agency LTD  
483 Green Lanes  
UK, London N13NV 4BS  
contact (at) unitedpressagency.com  
Official Federal Reg. No. 7442619